



MPIfG FORSCHUNG 2021



MPiFG Forschung 2021 gibt einen Überblick über das Forschungsprogramm und laufende Forschungsprojekte des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Weitergehende Informationen und Aktualisierungen finden Sie unter www.mpifg.de.

MPiFG

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies

Paulstr. 3 | 50676 Köln | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

info@mpifg.de | www.mpifg.de

Herausgeberin: Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit am MPiFG

März 2021



FORSCHUNGSPROJEKTE IM ÜBERBLICK	3
FORSCHUNGSPROJEKTE IM DETAIL	5
Soziologie der Märkte	5
Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen	13
Forschungsgruppe Politische Ökonomie der europäischen Integration	19
Forschungsgruppe Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden	22
IMPRS-SPCE Doktorandenprogramm: Dissertationsprojekte	25
Projekte der Emeriti	31
INDEX	33

SOZIOLOGIE DER MÄRKTE

Grundlagen

Wie sind Märkte möglich?
Marktdesign als zentrale Planung?

Die Ordnung von Märkten

Soziologie des Wettbewerbs
Politische Ökonomie der privaten Versicherungswirtschaft
Politische Ökonomie von Wohnungsmärkten

Die Zukunft im wirtschaftlichen Handeln

Fiktionale Erwartungen und kapitalistische Dynamik
Fiktionale Erwartungen in Organisationen
Die griechische Staatsschuldenkrise
Der Zukunft auf der Spur
Zentralbanking jenseits der Inflationsbekämpfung
Deindustrialisierungspolitik
Positionsunsicherheit
Wirksame Fiktionen des Geldes
Brexit: Ende einer gemeinsamen Zukunft
Zukunftsvorstellungen im Zeichen der Krise

Vermögen und soziale Ungleichheit

Die Politische Ökonomie des Asset-Manager-Kapitalismus

POLITISCHE ÖKONOMIE VON WACHSTUMSMODELLEN

Die Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen
Vergleichende Kapitalismusforschung neu gedacht
Erklärungsansatz zum Verständnis von Italiens Stagnation
Präferenzen für Wachstumsmodelle
Der Euro in Zeiten von Covid-19
Politische Ökonomie exportorientierten Wachstums
Wer unterstützt Lohnzurückhaltung?
Politische Ökonomie des Wachstums durch Finanzialisierung
Politische Aspekte von Wachstumsmodellen und makroökonomischer Politik
Digitale Wahlentscheidungshilfen
Operationalisierung von Hegemonie
Datenbank historischer Parteiprogramme
Parteipolitischer Gestaltungsspielraum von Wachstumsmodellen
Die Politik der Wachstumsstrategien nach Krisen

FORSCHUNGSGRUPPE POLITISCHE ÖKONOMIE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Die Dynamiken der "Integration durch Recht"
Die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration
Neue Formen der Industriepolitik in der EU-Peripherie
Politische Ökonomie der Lohnbildung
Der Paradigmenwechsel der EU-Kohäsionspolitik
Forschungsgruppe Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden
Die Krise öffentlicher Investitionen
Regierungstechniken im finanzierten Kapitalismus
Die Grenzen europäischer Staatsschulden
Die Verwissenschaftlichung von Zentralbanken
Die Automatisierung der europäischen Märkte für Staatsschulden

FORSCHUNGSGRUPPE SOZIOLOGIE ÖFFENTLICHER FINANZEN UND SCHULDEN

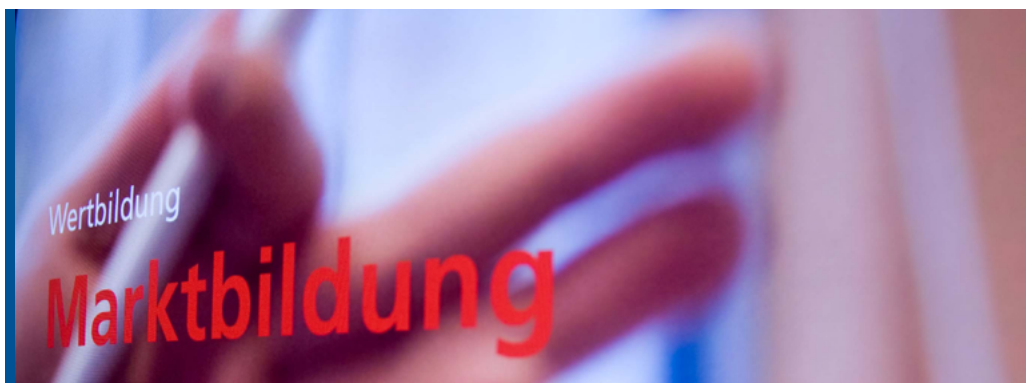
Die Krise öffentlicher Investitionen
Regierungstechniken im finanzierten Kapitalismus
Die Grenzen europäischer Staatsschulden: Europäische Staatsschuldenkategorisierung
Die Verwissenschaftlichung von Zentralbanken
Die Automatisierung der europäischen Märkte für Staatsschulden

IMPRS-SPCE DOKTORANDENPROGRAMM: DISSERTATIONSPROJEKTE

Wie ein Markt rund um Mobilität entsteht
In Arbeit bleiben: Beschäftigungsverhältnisse von Geflüchteten
Die Rolle der Superreichen in einer transnationalen kapitalistischen Klasse
Subunternehmerschaft auf dem Betriebsgelände
Gender in der Arbeitsmarktpolitik der Türkei
Mehrebenendynamik sozialer Bewegungen im Globalen Süden
Die politische Macht der Unternehmen im digitalen Kapitalismus
Wissenspolitik im globalen Klimamanagement
„Populistische Ansteckungseffekte“ im Unterhaus
Ökonomische Interaktionen in undokumentierter Migration nach Europa
Politik des deutschen Wachstumsregimes
Soziale Integration von ethnischen Minderheiten in der Schule

PROJEKTE DER EMERITI

Veränderungen in der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie
Untersuchungen zur Politischen Ökonomie der europäischen Integration
Die Krise des Kapitalismus der Gegenwart
Soziale und legale Normen am Arbeitsplatz



Soziologie der Märkte

Einführung

Jens Beckert

In dem Projektbereich „Soziologie der Märkte“ geht es um Märkte als zentrale Institution kapitalistischer Ökonomien. Das übergeordnete Ziel ist, mithilfe des theoretischen und methodischen Instrumentariums der Soziologie ein Verständnis der Funktionsweise von Märkten zu entwickeln. Märkte werden von einem Weber’schen Gesichtspunkt aus als „Arenen sozialen Handelns“ betrachtet, in denen Akteure sich unter Wettbewerbsbedingungen gegenüber treten. Welche sozialen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen müssen für die Entwicklung der sozialen Ordnung von Märkten bestehen? Ein projektübergreifender Aspekt ist die Ungewissheit, mit der Marktakteure bei ihren Entscheidungen konfrontiert sind. Die Probleme der Koordination, die sich für die Marktteilnehmer daraus ergeben, können als Werte-, Wettbewerbs- oder Kooperationsprobleme identifiziert werden. Der Faktor der Unsicherheit eröffnet weitergehende theoretische Möglichkeiten, die Einbettung wirtschaftlicher Handlungen zu erklären. In den letzten Jahren konzentrieren sich Forschungsprojekte zunehmend auf die Rolle von Erwartungen der Zukunft für das Entscheidungshandeln in der Wirtschaft und die Erklärung wirtschaftlicher Prozesse. Empirische Projekte beschäftigen sich mit den an Deindustrialisierungsprozessen gerichteten Erwartungen, sich verändernden Zeithorizonten in Finanzmärkten, der Brexit-Entscheidung, der Politischen Ökonomie der Wohnungsmärkte und der privaten Versicherungswirtschaft sowie der griechischen Staatsschuldenkrise.

Grundlagen

Wie sind Märkte möglich?

Jens Beckert

Die in diesem Projekt entstehenden Aufsätze entwickeln konzeptionelle Grundlagen einer Soziologie der Märkte. Ausgehend vom Problem des Markthandelns unter Bedingungen von Ungewissheit werden zentrale Koordinationsprobleme auf Märkten systematisch analysiert. Im Vordergrund steht hierbei die Untersuchung der Entstehung von ökonomischem Wert, der Strukturierung von Wettbewerb und der Lösung von Kooperationsproblemen im Markttausch. Diese Problematiken werden aus einer handlungstheoretischen Perspektive systematisch entwickelt und in Bezug zu bestehender ökonomischer und wirtschaftssoziologischer Literatur analysiert. Projektdauer: Oktober 2006 bis Dezember 2023.

Beckert, Jens. 2010. „How Do Fields Change? The Interrelations of Institutions, Networks, and Cognition in the Dynamics of Markets.“ *Organization Studies* 31 (5): 605–27.

Beckert, Jens. 2011. „Where Do Prices Come From? Sociological Approaches to Price Formation.“ *Socio-Economic Review* 9 (4): 757–86.

Beckert, Jens. 2019. „Markets from Meaning: Quality Uncertainty and the Intersubjective Construction of Value.“ *Cambridge Journal of Economics*, online veröffentlicht 16. August 2019.

Beckert, Jens, and Christine Musselin, eds. 2013. *Constructing Quality: The Classification of Goods in Markets*. Oxford: Oxford University Press.

Marktdesign als zentrale Planung? Chancen und Limits einer neuen Sozialtechnologie

Georg Rilinger

Marktdesigner wissen, dass reale Märkte nicht den perfekten Märkten ökonomischer Theorien entsprechen und selten die versprochenen Wohlfahrtsgewinne erzielen. Um dieses Problem zu lösen, versuchen die Designer, durch Schaffung geeigneter institutioneller Strukturen Marktprozesse zu erzeugen, durch die das Verhalten der Marktteilnehmer zu wünschenswerten Verteilungsergebnissen führt. Dieses Projekt fragt, unter welchen Bedingungen es Marktdesignern gelingen kann, dies zu verwirklichen und unter welchen nicht. Dabei konzentriert es sich auf zwei Fragenkomplexe: 1) Wie viel laufende Kontrolle ist notwendig, um Marktprozesse an die Theorie anzupassen? Dabei ist vor allem fraglich, ob es einen Punkt gibt, an dem sich Marktdesign in eine Form zentralisierten Planens verwandelt; 2) Wie beeinflussen die Arbeitsbedingungen in verschiedenen Designprozessen die Möglichkeit, Designanforderungen zu erkennen und umzusetzen? Diese Fragen werden anhand eines frühen und radikales Designexperiments beleuchtet, das katastrophal scheiterte: die Konstruktion der kalifornischen Elektrizitätsmärkte zwischen 1993 und 2001. Basierend auf Archivmaterial, qualitativen Interviews, Gerichtsunterlagen, grauer Literatur und Schattenvergleichen wird untersucht, warum genau diese Märkte scheiterten und wie es zu den fatalen Designentscheidungen kam. Projektdauer: Oktober 2020 bis Oktober 2022.

Die Ordnung von Märkten

Soziologie des Wettbewerbs

Timur Ergen und Sebastian Kohl

Das Wettbewerbsverhältnis zwischen Europa und den USA ist gespalten. Zum besseren Verständnis des sogenannten Atlantic Divide untersucht das Projekt in historisch-vergleichender Perspektive die Entstehung kapitalistischen Wettbewerbs, seine Regulierung durch Wettbewerbspolitik und dessen Ideengeschichte. Ferner werden neue Dimensionen sozialer Ungleichheit thematisiert, die sich aus Tendenzen zunehmender ökonomischer Konzentration ergeben, sowie die Wettbewerbsregulierung im Mehrebenensystem der Europäischen Union. Projektdauer: Oktober 2017 bis Dezember 2021.

Billows, Sebastian, Sebastian Kohl, und Fabien Tarissan. 2020. „Bureaucrats or Ideologues? EU Merger Control as Market-Centred Integration.“ *Journal of Common Market Studies*, im Erscheinen.

Ergen, Timur, und Sebastian Kohl. 2019. „Varieties of Economization in Competition Policy: Institutional Change in German and American Antitrust, 1960-2000.“ *Review of International Political Economy* 26 (2): 256–86.

Ergen, Timur, und Sebastian Kohl. 2020. “Rival Views of Economic Competition.” *Socio-Economic Review*, im Erscheinen.

Den Kapitalismus versichern: Die Politische Ökonomie der privaten Versicherungswirtschaft

Sebastian Kohl

Private Versicherungen sind eine zentrale Kapitalsammelstelle im Finanzsektor entwickelter Ökonomien. Mit dem Aufstieg des Kapitalismus haben sie nicht nur Risiken kapitalistischer Unternehmungen getragen, sondern ihre Anlagebestände sind bis

heute eine wichtige Quelle langfristigen Kapitals für Investitionen in Industrie, Wohnungen, Infrastruktur und Staatsverschuldung. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert haben sich in den Ländern der OECD unterschiedliche Versicherungsniveaus, institutionelle Formen und Regulierungen entwickelt. Das historisch-komparative Projekt untersucht die Ursachen und Folgen der länderspezifisch verschiedenen Entwicklungspfade des Versicherungssektors, insbesondere im Bereich der Lebensversicherungen. Es kombiniert historische Fallanalysen mit quantitativen Analysen langfristiger Versicherungsentwicklung. Damit soll die bestehende historisch-komparative und finanzsoziologische Forschung mit ihrem Fokus auf Banken oder Staaten als Finanzakteure sowie die Wohlfahrtsstaatsforschung mit ihrem Fokus auf öffentliche Versicherungen ergänzt werden. Ziel des Projekts ist zu erklären, wie moderne Auffassungen von Zeit und Risiko als ein Feld privaten Wirtschaftens institutionalisiert wurden. Projektdauer: Oktober 2017 bis September 2021.

Politische Ökonomie von Wohnungsmärkten

Sebastian Kohl

Kapitalistisch organisierte Volkswirtschaften unterscheiden sich voneinander darin, wie viele Haushalte in ihrer Bevölkerung zur Miete und wie viele in eigenen vier Wänden wohnen. Eine vorhergegangene Studie versuchte zu erklären, warum Länder große Unterschiede bei Eigentum und Miete aufweisen (vgl. *Homeownership, Renting, and Societies: Historical and Comparative Perspectives*, Routledge 2017). Darauf aufbauend untersucht das Projekt nunmehr Wohnungsmärkte im Kontext von Wirtschaft und Gesellschaft in historisch vergleichender Perspektive. Als eine mögliche Ursache der länderspezifischen Unterschiede analysiert es, inwieweit die Geschichte der Eigenheimideologie selbst einen Erklärungsbeitrag für hohe Wohneigentumsquoten und das Anwachsen von Hypothekenverschuldung sein kann. Darüber hinaus sollen folgende Fragen geklärt werden: Warum hat dieser Schuldenzuwachs nicht zu mehr Wohneigentum oder Bautätigkeit geführt? Welche Rückwirkungen haben Wohnungsarrangements auf politisches Verhalten? Und welchen Einfluss haben Wohnungsmarkteffekte auf Segregation in deutschen Städten? Projektdauer: Oktober 2017 bis Juli 2024.

Blackwell, Timothy, und Sebastian Kohl. 2018. „The Origins of National Housing Finance Systems: A Comparative Investigation into Historical Variations in Mortgage Finance Regimes.“ *Review of International Political Economy* 25 (1): 49–74.

Kohl, Sebastian. 2018. „The Political Economy of Homeownership: A Comparative Analysis of Homeownership Ideology through Party Manifestos.“ *Socio-Economic Review*, online veröffentlicht 10. Juli 2018.

Kohl, Sebastian. 2018. „More Mortgages, More Homes? The Effect of Housing Financialization on Homeownership in Historical Perspective.“ *Politics & Society* 46 (2): 177–203.

Kohl, Sebastian. 2021. „Too much Mortgage Debt? The Effect of Housing Financialization on Housing Supply and Residential Capital Formation.“ *Socio-Economic Review*, im Erscheinen.

Die Zukunft im wirtschaftlichen Handeln

Fiktionale Erwartungen und kapitalistische Dynamik

Jens Beckert

Entscheidungen intentionaler Akteure sind, so die Ausgangsthese dieses Projekts, unter Bedingungen von Ungewissheit in „Fiktionen“ verankert. Fiktionen sind Vorstellungen des zukünftigen Zustands der Welt und der kausalen Mechanismen, die zu diesem Zustand führen. Akteure werden durch diese Imaginationen der Zukunft motiviert und organisieren ihre gegenwärtigen Handlungen auf ihrer Grundlage. Da die Vorstellungen nicht an die empirische Realität gebunden sind, ist Fiktionalität auch eine Quelle der Kreativität. Fiktionalität eröffnet so einen Weg zum Verständnis der Mikrofundierung wirtschaftlicher Dynamik. In dem seit 2012 laufenden Projekt

wurden bislang verschiedene Forschungsarbeiten veröffentlicht. Weiterhin sind Publikationen geplant, in denen einzelne Facetten des Themas konzeptionell und theoretisch ausgeleuchtet werden. Beispiele sind die historische Entwicklung von fiktionalen Erwartungen, ihre Genese und soziale Verankerung sowie die Frage, unter welchen Bedingungen einzelne Fiktionen Glaubwürdigkeit gewinnen können. Projektdauer: Januar 2012 bis Juli 2021.

Beckert, Jens. 2016. *Imagined Futures: Fictional Expectations and Capitalist Dynamics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Beckert, Jens. 2018. *Imaginierte Zukunft: Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

Beckert, Jens. 2017. „Die Historizität fiktionaler Erwartungen.“ *MPIfG Discussion Paper 17/8*. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Beckert, Jens, und Richard Bronk (eds.). 2018. *Uncertain Futures: Imaginaries, Narratives and Calculation in the Economy*. Oxford: Oxford University Press.

Fiktionale Erwartungen in Organisationen

Jens Beckert

Unter Bedingungen von Ungewissheit besteht ein bedeutender Aspekt organisationalen Handelns in der Erstellung und Diffusion von Erwartungen zukünftiger Entwicklungen. Um herauszufinden, welche Rolle fiktionale Erwartungen im Kontext von Organisationen spielen, untersucht das Projekt vor allem die kognitiven Instrumente, mit denen Organisationen Projektionen zukünftiger Entwicklung erstellen – hierzu gehören etwa strategische Planung, Roadmaps, Geschäftspläne und Szenarioanalysen. Ziel ist die Entwicklung einer innovativen Perspektive auf das Handeln von Organisationen, bei der die Erschaffung, die Umkämpftheit und die Folgen imaginerter Zukunft in den Vordergrund des Verständnisses von Organisationen rücken. September 2018 bis Juni 2021.

Die griechische Tragödie: Narrative und fiktionale Erwartungen in der griechischen Staatsschuldenkrise

Jens Beckert mit H. Lukas R. Arndt

Finanzkrisen treffen Gesellschaften fundamental und scheinen doch oft unvorhersehbar. Ihre Ursachen und ihren Verlauf zu erklären, ist von großer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung. Das Projekt nimmt die griechische Staatsschuldenkrise nach 2009 und die Konvergenzbewegung griechischer Staatsanleihen vor 2001 aus einer innovativen Perspektive in den Blick: Untersucht wird die Rolle der die Finanzmärkte zu unterschiedlichen Zeitpunkten dominierenden Narrative und Zukunftserwartungen und deren Einfluss auf die sich verändernde Risikobewertung griechischer Staatsanleihen. Projektdauer: Oktober 2017 bis Dezember 2021.

Der Zukunft auf der Spur: Methodische und methodologische Grundlagen der wirtschaftssoziologischen Analyse von Zukunftsvorstellungen

Jens Beckert und Lisa Suckert

Die Analyse immaterieller Vorstellungen ist seit jeher ein schwieriges Unterfangen für die sozialwissenschaftliche Forschung. Dies gilt umso mehr, wenn diese Ideen die Zukunft betreffen. Wie kann man Wahrnehmungen über etwas untersuchen, das noch nicht stattgefunden hat? Das Projekt will zu dieser Frage mithilfe einer umfassenden Literaturrecherche beitragen. Auf Basis einer Untersuchung existierender Forschungsarbeiten, die über den Horizont der Wirtschaftssoziologie hinausreichen, sollen empirische Zugänge, Datenmaterial und Methoden erfasst und kategorisiert werden, die geeignet sind, Zukunftsvorstellungen greifbar zu machen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Objektivierungsformen von Zukunftsvorstellungen (z.B. Bauten, Aktienindizes, Prototypen) und deren Analyse. Die im Rahmen der Recherche generierte Datenbank soll auch als Werkzeugkasten und Inspirationsquelle

für zukünftige wirtschaftssoziologische Forschungsarbeiten dienen. Darüber hinaus soll der gewonnene Überblick auch Basis für einen englischsprachigen Artikel sein, der sich methodisch und methodologisch mit den Möglichkeiten der wirtschaftssoziologischen Erforschung von Zukunftsvorstellungen befasst. Projektlaufzeit: September 2016 bis Dezember 2021.

Beckert, Jens, und Lisa Suckert. 2020. „The Future as a Social Fact: The Analysis of Perceptions of the Future in Sociology.“ *Poetics*, online veröffentlicht 9. December 2020.

Zentralbanking jenseits der Inflationsbekämpfung

Benjamin Braun

Bis vor kurzem schien das geldpolitische Paradigma in Stein gemeißelt: Preisstabilität als primäres Ziel, der kurzfristige Zinssatz als Instrument und Zentralbankunabhängigkeit als institutioneller Rahmen der Geldpolitik. Das Projekt beschäftigt sich mit der politischen Ökonomie des Zentralbankwesens jenseits dieses Paradigmas. Welche weiteren Instrumente nutzen die Zentralbanken, und wie rechtfertigen sie deren Einsatz? Verhalten sich Zentralbanken strategisch und legitimitätsorientiert, auch wenn ihre Unabhängigkeit sie vor politischem Druck schützen sollte? (Wie) lässt sich angesichts der Megaherausforderungen des Klimawandels und der Ungleichheit die Macht der Zentralbanken neu denken und einsetzen? Projektdauer: September 2016 bis August 2022.

Braun, Benjamin. 2017. „Two Sides of the Same Coin? Independence and Accountability of the European Central Bank.“ *Report for Transparency International EU*.

Braun, Benjamin, und Leah Downey. 2020. „Against Amnesia: Re-Imagining Central Banking.“ *CEP Discussion Note 2020/1*. Zurich: Council on Economic Policies.

Braun, Benjamin. 2020. „Central Banking and the Infrastructural Power of Finance: The Case of ECB Support for Repo and Securitization Markets.“ *Socio-Economic Review* 18 (2): 395–418.

Deindustrialisierungspolitik und wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Timur Ergen

Alle reichen kapitalistischen Demokratien haben in den letzten vierzig Jahren Deindustrialisierungsprozesse durchlebt. Wie lässt sich wirtschaftlicher Strukturwandel, mit dem die Industrie zunehmend weniger wichtig für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung wird, erklären? Die bisherige Forschung verweist dafür vor allem auf Prozesse, über die Gesellschaften relativ wenig Kontrolle haben, etwa auf sektorale Unterschiede im Produktivitätswachstum, auf veränderte Konsumstrukturen und auf technologischen Wandel. Dass verschiedene Länder und Regionen in vielen Aspekten unterschiedlich mit Deindustrialisierungsprozessen umgegangen sind, können Theorien eines unilinearen Wandels hin zu Dienstleistungsgesellschaften jedoch nicht erklären. Das Projekt systematisiert diese unterschiedlichen regionalen Pfade wirtschaftlichen Strukturwandels und arbeitet ihre Ursachen mithilfe historischer Fallstudien Deutschlands und der USA heraus. Wie sind verschiedene soziale Gruppen mit Deindustrialisierung umgegangen? Wie sind neue Pfade wirtschaftlichen Wachstums, regionaler Spezialisierung und sozialen Ausgleichs im Strukturwandel entstanden? Die Untersuchung eines Prozesses tiefgreifenden sozialen Wandels soll erhellen, wie Akteure Zukunftserwartungen bilden und durchsetzen, wie Vorstellungen von gesellschaftlicher Modernisierung entstehen und wie gesellschaftliche Konflikte wirtschaftliche Wandlungsprozesse überformen. Systematisch trägt das Projekt damit zur Erforschung der Entstehung von Zukunftserwartungen in der Wirtschaft bei. Projektdauer: November 2015 bis Dezember 2021.

Ergen, Timur. 2018. „The Dilemma between Aligned Expectations and Diversity in Innovation: Evidence from Early Energy Technology Policies.“ In *Uncertain Futures: Imaginaries, Narratives, and Calculation in the Economy*, herausgegeben von Jens Beckert und Richard Bronk. Oxford: Oxford University Press, 298–318.

Ergen, Timur. 2019. „Wirtschaftliche Untergangsszenarien und neoliberale Reformen.“ *Leviathan* 47 (2): 144–68.

Ergen, Timur, und Sebastian Kohl. 2019. „Varieties of Economization in Competition Policy: Institutional Change in German and American Antitrust, 1960–2000.“ *Review of International Political Economy* 26 (2): 256–86.

Positionsunsicherheit: Zeitarbeiter auf Stellensuche in instabilen Zeiten

Kathleen Griesbach

Die zunehmende Bedeutung von Arbeit, die über On-Demand-Plattformen vermittelt wird, akzentuiert eine seit Jahrzehnten erfolgende Verschiebung von Normal- zu Zeitarbeitsverhältnissen. Ohne soziale Absicherung und Arbeitnehmerrechte, mit fehlenden zeitlich und räumlich stabiler Begrenzung der Arbeit schultern Plattformbeschäftigte höhere Risiken. Auch andere Arbeitskräfte sind schon länger mit zeitlich und räumlich instabiler Beschäftigung konfrontiert. Welche Bedeutung haben Zeit und Raum für das Erleben von Arbeit und für soziale Ungleichheit? Gestützt auf 120 Interviews mit Arbeitskräften in der Landwirtschaft und auf Ölfeldern in Texas sowie mit befristeten Lehrkräften an Hochschulen und On-Demand-Kurierfahrern in New York City untersucht dieses Projekt übergreifend „alte“ und „neue“ Arbeitsformen in ländlichen und städtischen Umfeldern. Es wird untersucht, wie Arbeitskräfte Positionsunsicherheit erfahren – da sie nicht wissen, wann, wie lange oder wo sie Arbeit haben werden. Das Projekt identifiziert die kurz- und langfristigen Folgen der Konflikte zwischen den Lebensrhythmen, -plänen und -wegen der Arbeitskräfte und den zeitlichen und räumlichen Anforderungen ihrer Arbeit ebenso wie deren Versuch, die Konflikte zu manövrieren, die daraus entstehen, dass sie arbeiten, um über die Runden zu kommen und gleichzeitig versuchen, ihrer Gegenwart einen Sinn zu geben und eine kohärente Zukunftsperspektive zu entwickeln und anzustreben. Projektdauer: Oktober 2020 bis September 2022.

Wirksame Fiktionen des Geldes: Die Erzeugung von Vertrauen und Misstrauen in nationale Währungen

Guadalupe Moreno

Geld ist in modernen kapitalistischen Volkswirtschaften eine Institution von höchster Bedeutung. Trotz seiner unbestreitbaren Relevanz gibt es jedoch immer noch erhebliche Lücken in unserem Verständnis des Wesens, der Erzeugung und der Funktionsweise des Fiatgeldes der Gegenwart. Das Projekt verbindet Ansätze der Politischen Ökonomie und der Wirtschaftssoziologie und untersucht die soziopolitischen und institutionellen Prozesse, die das Vertrauen in Geld bzw. Währung stützen. Es beschäftigt sich mit drei Fragen: Welche sozialen, politischen und institutionellen Prozesse bestimmen die Erzeugung von Vertrauen in nationale Währungen? Wie kann die Analyse von Währungskrisen helfen, das Wesen des Geldes zu verstehen? Und welche spezifischen Überzeugungen müssen vorliegen, damit Geld richtig funktioniert? Am Beispiel Argentiniens – eines Landes, das zahllose Währungskrisen erlebt hat und nie in der Lage gewesen ist, seine Währung dauerhaft zu stabilisieren – versucht das Projekt, die Mechanismen zu ergründen, durch die Krisen das Vertrauen in Geld zerstören. Es analysiert, wie Währungskrisen das fundamentale Missverhältnis zwischen der institutionellen Realität des heutigen Fiatgeldes und weit verbreiteten geldbezogenen Überzeugungen offenbaren. Die Studie hebt die Bedeutung einer erfolgreichen Erwartungspolitik für die Sicherstellung der Regierbarkeit des Geldes und für die Stärkung von Vertrauen hervor. Projektdauer: Oktober 2020 bis September 2021.

Ende einer gemeinsamen Zukunft: Der Brexit, die Krise des europäischen Projekts und die Macht enttäuschter Versprechen

Lisa Suckert

Der Brexit steht exemplarisch für eine wachsende, von breiten Bevölkerungsschichten getragene Ablehnung des „europäischen Projekts“. Während diese Entwicklung häufig mit der mangelnden Input- und Output-Legitimität der EU erklärt wird, geht diese Studie davon aus, dass sich die nachlassende Anziehungskraft der EU vornehmlich aus enttäuschten Versprechen über eine bessere Zukunft speist. Am Beispiel des Brexits wird eine Perspektive aufgegriffen, die auf die Zukunftsvorstellungen von Akteuren zielt. Es wird untersucht, wie sich mit der EU assoziierte Versprechen und Erwartungen seit 1975 verändert haben und welchen Mustern dieser Wandel folgt. Bezugnehmend auf Theorien zur Erschöpfung der Moderne werden vier Entwicklungen identifiziert, von denen angenommen wird, dass sie den „promissory appeal“ der europäischen Institutionen unterminieren: die Individualisierung von Zukunftsvorstellungen; die schwindende Überzeugung, Handlungsmacht über die Zukunft zu haben; die Wahrnehmung der Zukunft als eine Rückkehr in die Vergangenheit; und die zunehmende Stratifikation von Zukunftserwartungen. Für Großbritannien werden diese Entwicklungen entlang eines Mixed-Methods-Ansatzes untersucht, der sich auf historisches Kampagnenmaterial und Längsschnitt-Umfragedaten stützt. Eine komparative Untersuchung weiterer EU-Länder zeigt schließlich, inwieweit die gezeigten Entwicklungen einzigartig britisch oder aufschlussreich für die breitere Krise der EU sind. Projektdauer: Februar 2016 bis Oktober 2022.

Suckert, Lisa. 2019. „Der Brexit und die ökonomische Identität Großbritanniens: Zwischen globalem Freihandel und ökonomischem Nationalismus“. *MPfG Discussion Paper* 19/4. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Zukunftsvorstellungen im Zeichen der Krise: Wie die Europäische Union um die Deutung einer unsicheren ökonomische Zukunft ringt

Lisa Suckert

Die Vision einer gemeinsamen und dadurch besseren wirtschaftlichen Zukunft treibt seit jeher den europäischen Integrationsprozess an. Angesichts der gegenwärtigen Krise und ihrer zerstörerischen Folgen wird diese Zukunft zunehmend infrage gestellt. Das Projekt erschließt anhand einer quantitativen Diskursanalyse (Lexikometrie), die nationale Reformprogramme in den Blick nimmt, wie Mitgliedstaaten die Zukunft in ihrer Kommunikation mit der EU thematisieren. Es wird untersucht, inwiefern die Wirtschaftskrise die Art und Weise verändert, in der Europa nach seiner ökonomischen Zukunft Ausschau hält, d.h., ob Zeithorizont, Zukunftsthemen und Grundstimmung gegenüber der Zukunft substanziell beeinträchtigt wurden. Der Vergleich unterschiedlicher Zeitpunkte und Länder offenbart, ob die Krise in der EU zu mehr Divergenz oder Konvergenz hinsichtlich der Zukunftsvorstellungen geführt hat. Es wird deutlich, ob die Krisensituation neue, alternative Szenarien oder einen hegemonialen Konsens befördert hat. Das Projekt lässt sich an der Schnittstelle zwischen Wirtschaftssoziologie und Politischer Ökonomie verorten. Es trägt dazu bei, den derzeitigen Zustand der EU zu verstehen und das Potenzial für alternative ökonomische Zukunftsentwürfe einzuschätzen. Konzeptuell erlaubt die feldtheoretisch orientierte Analyse Erkenntnisse, wie Zukunftsvorstellungen umkämpft werden und wie sich diskursive Arenen unter dem Eindruck von Krisen verändern. Das Projekt ist in das von der DFG geförderte Netzwerk „Politische Soziologie transnationaler Felder“ eingebunden. Projektdauer: April 2016 bis Oktober 2021.

Vermögen und soziale Ungleichheit

Die Politische Ökonomie des Asset-Manager-Kapitalismus

Benjamin Braun

Wir sind es gewohnt, den Kapitalismus als Wirtschaftssystem zu denken, in dem Finanzkapital ein knappes Gut darstellt. Doch statt Kapitalknappheit herrscht heute Kapitalüberfluss. Gemäß der Logik von Angebot und Nachfrage müsste in einer Welt des Kapitalüberflusses die Macht von Vermögenseigentümern abnehmen. Ihr Barometer – die Differenz zwischen der Kapitalrendite (r) und der Wirtschaftswachstumsrate (g) – zeigt seit den 1980er Jahren aber keine Anzeichen eines Machtverlusts. Die forschungsleitende Hypothese dieses Projekts lautet, dass der gesellschaftlichen Organisation der Vermögensverwaltung hier eine entscheidende Rolle zukommt. Vor diesem Hintergrund untersucht das Projekt die Geschichte und Entwicklung des Asset Management Sektors sowie den Einfluss verschiedener Arten von Vermögensverwaltungsgesellschaften auf die wirtschaftlichen und politischen Determinanten der Kapitalrendite. Projektdauer: September 2016 bis Juni 2023.

Braun, Benjamin. 2016. „From Performativity to Political Economy: Index Investing, ETFs and Asset Manager Capitalism.“ *New Political Economy* 21 (3): 257–73.

Braun, Benjamin, Daniela Gabor, Marina Hübner. 2018. „Governing through Financial Markets: Towards a Critical Political Economy of Capital Markets Union.“ *Competition & Change* 22 (2): 101–16.

Braun, Benjamin, und Richard Deeg. 2019. „Strong Firms, Weak Banks: The Financial Consequences of Germany’s Export-Led Growth Model.“ *MPIfG Discussion Paper* 19/5. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.



Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen

Einführung

Lucio Baccaro

Der Ansatz der Wachstumsmodelle soll Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede im gegenwärtigen Kapitalismus erklären. Dabei richtet er die Aufmerksamkeit auf die Nachfragetreiber des Wachstums statt auf das Institutionengefüge zur Unterstützung der verschiedenen Produktionsregime (Spielarten des Kapitalismus). Zunehmende Ungleichheit (da gesellschaftlichen Gruppen mit einer höheren Sparneigung größere Einkommensströme zufließen) und eine stärkere Orientierung am Shareholder-Value (durch geringere Investitionen bei gegebenen Gewinnen) führen zu einem chronischen Überschuss von Ersparnissen gegenüber Investitionen und einer allgemeinen Tendenz zur Stagnation. Gleichzeitig unterscheiden sich die entwickelten Länder hinsichtlich ihrer Hauptquellen des Nachfragewachstums. Nach dem allgemeinen Rückgang des lohnorientierten (fordistischen) Wachstums – eines Modells, in dem das Wirtschaftswachstum durch die Reallöhne angetrieben wird, die wiederum den Konsum der Haushalte finanzieren – haben einige Länder den inländischen Nachfrageschwerpunkt beibehalten (auch wenn inzwischen ein leichter Zugang der Haushalte zu Krediten an Bedeutung gewonnen hat, ebenso wie Vermögenseffekte). Andere Länder hingegen stützen sich vornehmlich auf exportorientiertes Wachstum. Wiederum andere kombinieren in- und ausländische Nachfragetreiber, während in weiteren Ländern kein hinreichend starker Treiber existiert und das Land stagniert. Die aktuellen Forschungsprojekte decken sowohl die politische Ökonomie als auch die Politik von Wachstumsmodellen ab. Sie umfassen unter anderem die Anwendung beziehungsweise Ausweitung des Wachstumsmodellansatzes auf bestimmte Länder; die Analyse gesellschaftlicher Koalitionen, die Wachstumsmodelle unterstützen; die Analyse individueller Präferenzen für Wachstumsmodelle und makroökonomische Maßnahmen im Allgemeinen; eine Erklärung der Wirkungen vorherrschender ökonomischer Diskurse; die Erforschung der Wirkung von Wachstumsmodellen auf politökonomische Ergebnisse; sowie die empirische Identifizierung von Wachstumsmodellen.

Die Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen

Lucio Baccaro

Bisher hat die Vergleichende Politische Ökonomie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in ihren Theorien nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt und sich möglicherweise zu stark auf eine ländervergleichende Analyse von Institutionen der Angebotsseite konzentriert. Das ist das Fazit von Lucio Baccaro und Jonas Pontusson in ihrem im Jahr 2016 in der Zeitschrift *Politics & Society* veröffentlichten Artikel. Sie argumentieren, dass Wachstumsmodelle von Land zu Land unterschiedlich sind. So wurde in den fünfzehn Jahren vor Beginn der Finanzkrise 2008 das Wachstum in Großbritannien hauptsächlich vom Konsum getragen, in Deutschland vom (Netto-)Export; in Schweden hingegen von beiden und in Italien von keinem der beiden Faktoren. Dieses Projekt soll die Perspektive der Wachstumsmodelle erweitern. Es erforscht, wie Wachstumsmodel-

le hegemoniale Koalitionen abbilden, die klassen- und branchenübergreifend agieren und ihre eigenen Interessen als nationale Interessen darzustellen wissen. Dabei wird untersucht, wie sich solche Koalitionen empirisch identifizieren lassen, wie sie sich von Land zu Land unterscheiden und wie sie sich verändern. Wenn Zielkonflikte zwischen einer Stimulierung der Binnennachfrage und der (Netto-)Exporte vermieden werden sollen, bringt dies eine Erweiterung jener Exportbranchen mit niedrigerer Preiselastizität der Nachfrage mit sich. Welche Branchen sind das? Welche sozioökonomischen Voraussetzungen und politischen Weichenstellungen sind notwendig, um diesen Wandel erfolgreich zu vollziehen? Projektdauer: September 2017 bis Dezember 2022.

Vergleichende Kapitalismusforschung neu gedacht: Eine neue Politik von Wachstum und Stagnation

*Lucio Baccaro, Mark Blyth (Brown University)
und Jonas Pontusson (Universität Genf)*

Dieses Projekt führt die Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern und erfahrenen Forschern in einem Herausgeberband zusammen und verfolgt damit vier Ziele. Erstens soll es einen robusten und konstruktiven Analyserahmen für den Wachstumsmodellansatz entwickeln. Zweitens soll es die makroökonomischen Annahmen problematisieren, die allerorten unsere Theorien und Praktiken untermauern, und sie mit mehr „politischer Ökonomie“ anreichern. Drittens soll es Arbeiten aus dem Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie mit der auf Wachstumsmodelle bezogenen Forschung der Vergleichenden Politischen Ökonomie zusammenführen – denn auf der Länderebene werden Wachstumsmodelle sowohl gefördert als auch behindert, je nachdem, ob sie durch das größere internationale Wirtschaftssystem, dem sie angehören, bevorzugt oder benachteiligt werden. Viertens soll es jenseits von Typologien die politischen Aspekte von Wachstumsmodellen erforschen und dabei insbesondere ergründen, wie Minderheiten ihre Interessen mehrheitsfähig machen, um tragfähige Koalitionen bilden zu können. Projektdauer: Oktober 2018 bis Oktober 2021.

Ein Erklärungsansatz zum Verständnis von Italiens Stagnation

Lucio Baccaro und Massimo D'Antoni (Universität Siena)

Die Wirtschaft Italiens – im Ländervergleich einst eine Erfolgsgeschichte – stagniert seit mittlerweile 25 Jahren. Dieses Projekt soll die Ursachen der Misere des Landes ergründen. Die vorherrschenden Erklärungen lassen sich zwei Lagern zuordnen: Entweder betonen sie gewisse lang anhaltende „Plagen“, die das Gedeihen der italienischen Wirtschaft und Gesellschaft verhindern, oder sie heben die unzureichende wirtschaftliche Liberalisierung des Landes hervor. Gestützt auf den Wachstumsmodellansatz untersucht dieses Projekt die unbeabsichtigten Folgen der Strategie der „äußeren Einschränkung“ (der freiwilligen Einschränkung der politischen Gestaltungsmacht des Landes durch sein Befolgen der europäischen Vorgaben) auf Gesamtangebot und -nachfrage in Italien. Projektdauer: Oktober 2019 bis März 2021.

Präferenzen für Wachstumsmodelle: Belege aus einer aktuellen Studie

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Kostas Gemenis und Erik Neimanns

Dieses Projekt erforscht individuelle Präferenzen für Wachstumsmodelle und stützt sich dabei auf eine aktuelle Meinungsumfrage in Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien. Den Befragten werden stilisierte Beschreibungen verschiedener Wachstumsmodelle (lohn-, gewinn-, export-, schuldenorientiert) vorgelegt. Dann werden sie nach ihren Präferenzen für diese Modelle wie auch für verschiedene Dimensionen der makroökonomischen Politik (Lohn-, Geld-, Fiskal-, Wechselkurspolitik) befragt. Ziel ist es, das Ausmaß gesellschaftlicher Unterstützung und Opposition für Wachstumsmodelle pro Land, Sektor und Gesellschaftsschicht zu ermitteln und gesellschaftliche Koalitionen auf der Basis kompatibler Präferenzen zu identifizieren. Projektdauer: Oktober 2018 bis Oktober 2021.

Der Euro in Zeiten von Covid-19

Lucio Baccaro, Björn Bremer und Erik Neimanns

Die Corona-Pandemie stellt für die Integrität der Eurozone eine neue existenzielle Bedrohung dar. Das verwundbarste Land scheint Italien zu sein, wo ohne eine Vergemeinschaftung der Schulden (entweder explizit durch Eurobonds beziehungsweise Corona-Bonds, oder implizit durch die Bilanz der Europäischen Zentralbank) ein weiterer Anstieg der öffentlichen Verschuldung unvermeidbar ist und eine neue Finanzkrise entstehen könnte. In Italien hat die jahrelange wirtschaftliche Stagnation zu einer allgemeinen Verdrossenheit gegenüber dem Euro geführt. Konfrontiert mit den Zusatzkosten zur Bewältigung der Corona-Krise könnten italienische Wählerinnen und Wähler einen Austritt aus der Gemeinschaftswährung dem Verbleib vorziehen – insbesondere, falls die Krisenbewältigung harte Sparmaßnahmen vorsieht. Eine glaubwürdige Androhung, den Euro zu verlassen, könnte entweder die Entstehung eines gemeinsamen Haushaltes ermöglichen oder zum Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung führen. Anhand von Umfrageexperimenten in Italien, Deutschland und weiteren europäischen Ländern untersucht dieses Projekt die Präferenzen für den Euro. Projektdauer: April 2020 bis Oktober 2021.

Die Politische Ökonomie des exportorientierten Wachstums

Lucio Baccaro und Martin Höpner

Entwickelte Länder sehen sich Tendenzen zur Stagnation gegenüber, die durch einen Überschuss an Ersparnissen beziehungsweise einen Mangel an Investitionen verursacht werden. Ein exportorientiertes Wachstumsmodell löst das Problem einer mangelnden effektiven Nachfrage, indem es sich überwiegend auf Auslandsnachfrage stützt und gleichzeitig die Inlandsnachfrage dämpft. Dieses Projekt untersucht am Beispiel von Deutschland die Pfeiler eines exportorientierten Wachstums: ein Set von Institutionen und politischen Maßnahmen, das die Inflationsrate niedriger hält als die der Handelspartner, sowie ein festes Wechselkurssystem (den Euro), das Wechselkursanpassungen ausschließt und dadurch eine Unterbewertung des realen Wechselkurses sicherstellt. Darüber hinaus diskutiert das Projekt die Anfälligkeit eines solchen Modells gegenüber äußeren Einflüssen sowie seine inhärente Instabilität. Projektdauer: März 2019 bis Oktober 2021.

Wer unterstützt Lohnzurückhaltung?

Lucio Baccaro und Erik Neimanns

Die Forschung zu Wachstumsmodellen legt nahe, dass sich Arbeitnehmer in einem Umfeld exportorientierten Wachstums die Bedeutsamkeit moderater Lohnforderungen zu eigen machen. Darüber hinaus zeigt die Literatur zur Vergleichenden Politischen Ökonomie, dass Arbeitnehmer, die in zentralisierte oder koordinierte Tarifverhandlungen eingebunden sind, gemäßigte Vorstellungen über ihre Lohnentwicklung haben sollten. Anhand von Daten des International Social Survey Programme (ISSP) analysiert dieses Projekt die Determinanten von individuellen Einstellungen zu Löhnen und untersucht, inwiefern die obigen Theorien empirische Unterstützung erfahren. Projektdauer: Oktober 2019 bis Juli 2021.

Auf dem Weg zu einer politischen Ökonomie des Wachstums durch Finanzialisierung

Puneet Bhasin

Die Post-Bretton-Woods/Post-Keynesianische Ära ist vom Aufstieg eines modernen weltweiten Finanzsystems geprägt, das in unterschiedlichem Maße die „Finanzialisierung“ hoch entwickelter Industrienationen bewirkt hat. Ziel des Projekts ist es, die sich verändernde politische Ökonomie dieser Industrienationen zu konzeptualisieren, denen der Finanzialisierungsprozess nicht nur wirtschaftliches Wachstum gebracht hat, sondern auch zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, die nun

die bestehenden demokratischen Strukturen gefährdet. Hierzu entwickelt es das Konzept des Wachstums durch Finanzialisierung fort, das von einem rapiden Anstieg des kreditfinanzierten Konsums ausgeht sowie von der Umlenkung von Erträgen aus komplexen Finanzgeschäften, die von Kapitalanlegern überwiegend in kapitalintensive, stark risikobehaftete, doch potenziell sehr ertragreiche Vorhaben investiert werden. Durch das Aufspüren historisch verzerrter Verteilung der zugrunde liegenden finanziellen Vermögen soll gezeigt werden, inwiefern Ungleichheit ein endogener Faktor des finanzierten Wachstumsprozesses ist und wie Ungleichheit durch eine an Interessengruppen orientierte Politik und Sozialpartnerschaft gefördert beziehungsweise beschränkt wird. Das Projekt verwendet einen induktiven Forschungsansatz und analysiert die Politik verschiedener Grade finanzierten Wachstums seit den 1980er-Jahren anhand von Fallstudien zu den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Schweden. Projektdauer: Oktober 2019 bis März 2022.

Politische Aspekte von Wachstumsmodellen und makroökonomischer Politik

Björn Bremer

Die Große Rezession hat die makroökonomische Politik des 21. Jahrhunderts aus dem technokratischen Bereich der „ruhigen“ in den elektoralen Bereich der „lauten“ Politik gezogen. Dennoch sind die politischen Auseinandersetzungen darüber von der Vergleichenden Politischen Ökonomie bislang nicht ausreichend untersucht worden. Es fehlt ein klares Verständnis dafür, wie sich die distributiven Folgen verschiedener makroökonomischer Strategien in politische Machtkämpfe über Positionen und Inhalte verwandeln. Das Projekt untersucht die politischen Konflikte hinter Wachstumsmodellen und makroökonomischer Politik und analysiert, wie wirtschaftliche Interessen zu politischen Koalitionen zusammenkommen, die sich hinter verschiedenen Wirtschaftsstrategien versammeln. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft vom elektoralen Wettbewerb in liberalen Demokratien nicht isoliert ist und verschiedene Wirtschaftsstrategien politisch umstritten sind. Untersucht werden insbesondere die sozialen und politischen Konflikte in den entwickelten Volkswirtschaften von 1985 bis 2015. Ziel ist die Beantwortung dreier Forschungsfragen: (1) Inwieweit sind makroökonomische Strategien unter den Wählern umstritten? (2) Wie und warum unterstützen oder lehnen verschiedene politische Akteure unterschiedliche makroökonomische Politiken ab? (3) Wie legitimieren diese Akteure die Unterstützung ihrer bevorzugten Politik? Projektdauer: April 2019 bis März 2022.

Digitale Wahlentscheidungshilfen: Design, Auswirkungen und Verwendung bei der Erforschung politischen Verhaltens

Kostas Gemenis

Unter dem Begriff Voting Advice Applications (VAA) sind die verschiedenen digitalen Wahlentscheidungshilfen zusammengefasst, die Wähler nutzen können, um in Wahlperioden ihre Politikpräferenzen mit denen politischer Parteien und Kandidaten abzugleichen. Namhafte Beispiele sind Semwijzer in den Niederlanden, Wahl-O-Mat in Deutschland, Smartvote in der Schweiz und Vaalikone in Finnland. VAAs haben sich als technologische Lösungen etabliert, um die Informationsasymmetrien zwischen unterschiedlichen Bildungs- und Einkommensgruppen auszugleichen und Bürgern zu helfen, informierte politische Entscheidungen zu treffen. Trotz ihrer Popularität ist allerdings nicht erwiesen, ob diese Hilfsmittel die gesetzten Ziele erreicht haben. Das Projekt untersucht die Auswirkungen der VAAs auf politisches Wissen, politische Beteiligung und Wahlverhalten mit dem Ziel, deren Effektivität durch eine Verbesserung ihres Designs zu erhöhen. Darüber hinaus soll durch die Auswertung der generierten Daten zur Erforschung politischen Verhaltens im Allgemeinen beigetragen werden. Das Projekt schließt die Arbeit an Design und Entwicklung einer Reihe von VAAs in ausgewählten Ländern in Zusammenarbeit mit dem PreferenceMatcher Konsortium mit ein. Projektdauer: Oktober 2018 bis Dezember 2021.

Germann, Micha, und Kostas Gemenis. 2019. „Getting Out the Vote with Voting Advice Applications.“ *Political Communication* 36 (1): 149–70.

Gemenis, Kostas. 2018. „The Impact of Voting Advice Applications on Electoral Turnout: Evidence from Greece.“ *Statistics, Politics and Policy* 9 (2): 161–79.

Gemenis, Kostas, Fernando Mendez, und Jonathan Wheatley. 2019. „Helping Citizens to Locate Political Parties in the Policy Space: A Dataset for the 2014 Elections to the European Parliament.“ *Research Data Journal for the Humanities and Social Sciences*, online veröffentlicht 18. März 2019.

Operationalisierung von Hegemonie: Wie die Vorstellungen von Ökonomie die Einstellungen zu Wachstumsmodellen prägen

Sinisa Hadziabdic

Die Forschung zu Wachstumsmodellen setzt implizit voraus, dass ein führendes Wachstumsmodell von einem hegemonischen Diskurs begleitet wird, der dessen Existenz rechtfertigt und legitimiert. Gleichwohl ist bisher keine überzeugende Erklärung für die Wirkungsweise solcher Effekte vorgelegt worden. Das Projekt soll diese Lücke schließen, indem es die Rolle der öffentlich wirksamen Intellektuellen – und insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler – in den Mittelpunkt stellt. Angenommen wird, dass Ökonomen eine Schlüsselrolle zukommt, um die vorherrschende Wirtschaftsrhetorik einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Das Projekt soll erstens eine systematische Bestandsaufnahme der Entwicklungsgeschichte des ökonomischen Diskurses bieten und seine sich wandelnden wissenschaftlichen, ideologischen und kognitiven Wurzeln in vier Ländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien) beleuchten. Hierbei werden überwiegend automatisierte Methoden zur Textanalyse sowie Regressionsanalysen verwendet. Zweitens soll es empirisch anhand einer Reihe von Experimenten zu Meinungen und Einstellungen die Mechanismen erforschen, durch die ein ökonomischer Diskurs die Wahrnehmungen zur Effektivität von Wachstumsmodellen beeinflussen kann. Projektdauer: März 2020 bis Februar 2023.

Datenbank historischer Parteiprogramme

Sebastian Kohl und Kostas Gemenis

Während Grundsatz- und Wahlprogramme politischer Parteien nach wie vor oft in gedruckter Form für Zwecke der historischen Politikforschung archiviert werden, hat das Aufkommen quantitativer Textanalysemethoden in den Politikwissenschaften die Verwendung solcher historischer Materialien in maschinenlesbarer Form bewirkt. Ziel dieses Projektes ist es, alle von Parteien in OECD-Ländern seit dem späten 19. Jahrhundert herausgegebenen Programme in einer einzigen Datenbank zusammenzustellen. Diese wird Wahlprogramme, Grundsatzdokumente und die damit verbundenen politischen Programme in digitaler Form enthalten, um eine computergestützte Analyse solcher Texte zu ermöglichen. Darüber hinaus wird sie die Dateien mit Metadaten zur Beschreibung der Dokumente sowie mit anderen Kontextvariablen verknüpfen. Die Datenbank wird interessierten Forschern auf Anfrage zur Verfügung stehen und einen Grundstein für die parteigeschichtliche Forschung über Ländergrenzen und ausgedehnte Zeiträume hinweg legen. Projektdauer: Oktober 2017 bis September 2021.

Parteipolitischer Gestaltungsspielraum von Wachstumsmodellen

Erik Neimanns

Die Vergleichende Politische Ökonomie hat sich in der jüngeren Vergangenheit nur unzureichend mit den politökonomischen Determinanten makroökonomischer Politik beschäftigt. Zugleich hat die entstehende Forschung zu postkeynesianischen Wachstumsmodellen gezeigt, dass Länder je nach Exportorientierung oder Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage unterschiedliche Formen sozialer Ungleichheit und ökonomischer Instabilität erzeugen. Ziel des Projekts ist herauszufinden, welchen Spielraum politische Parteien haben, Veränderungen auf makroökonomischer

Ebene herbeizuführen. Befürworten Individuen, die unter einem gegebenen Wachstumsmodell sozioökonomisch relativ benachteiligt sind, Veränderungen in makroökonomischer Politik und inwiefern übersetzen sich solche Präferenzen in tatsächliches Wahlverhalten? Inwiefern werden einerseits die Interessen dieser Individuen in politischen Entscheidungen von Regierungen verschiedener parteipolitischer Ausprägungen repräsentiert und andererseits der politische Spielraum für makroökonomische Reformen durch den bestehenden Status quo liberalisierter Marktwirtschaften eingeschränkt? Das Projekt verfolgt ein quantitatives Forschungsdesign anhand von Regressionsanalysen makroökonomischer Indikatoren, der Parteienzusammensetzung von Regierungskoalitionen, individuellen Wahlverhaltens und individueller Präferenzen zu makroökonomischer Politik in westlichen Industriestaaten für den Zeitraum ab den 1970er-Jahren. Projektdauer: Oktober 2018 bis September 2021.

Wie kommen wir hier raus? Die Politik der Wachstumsstrategien nach Krisen in den Ländern der EU-Peripherie

Arianna Tassinari

Die Große Rezession hat die Realisierbarkeit der Wachstumsstrategien infrage gestellt, die einige Volkswirtschaften der EU vor dieser Krise verfolgt hatten. Gleichwohl ist noch wenig über die politischen Dynamiken bekannt, die prägend auf die Strategien zur wirtschaftlichen Erholung von krisengeschüttelten Länder wirken. Dieses Projekt erforscht am Beispiel verschiedener Länder der EU-Peripherie im Nachgang der Großen Rezession (seit 2013) die Politiken der Wachstumsstrategien nach Krisen. Angenommen wird, dass am Scheideweg einer Krise Wachstumsmodelle und die sie unterstützenden sozialen Blöcke leichter „zu haben“ sein könnten als in Zeiten der Stabilität. Diese Situation bietet daher einen idealen Ausgangspunkt, um zu erforschen, wie sich dominante wachstumsorientierte Koalitionen herausbilden. Mithilfe qualitativer Methoden und der sozialen Netzwerkanalyse untersucht das Projekt folgende Fragen: 1) Haben wirtschaftliche und politische Eliten schlüssige Visionen zu Strategien wirtschaftlicher Erholung nach Krisen, und wie werden diese entwickelt? 2) Welche Akteurskoalitionen haben das Sagen, wenn es um die Wachstumsstrategien nach einer Krise geht, und wie finden sie sich zusammen? 3) Wie interagieren bestehende institutionelle Vermächtnisse, strukturelle Einschränkungen und dynamische Wahlverhaltensweisen bei der Gestaltung des wirtschaftlichen Aufschwungs nach einer Krise? Projektdauer: Oktober 2020 bis September 2023.



Forschungsgruppe Politische Ökonomie der europäischen Integration

Einführung

Martin Höpner

Die Europäische Union ist von Erweiterungsrunde zu Erweiterungsrunde heterogener geworden. In ihr finden sich höchst unterschiedliche Wohlstandsniveaus, Sozialstaaten, Arbeitsbeziehungen und Corporate-Governance-Regime. Auch hinsichtlich ihrer Abhängigkeit von Export oder Binnennachfrage unterscheiden sich die Mitglieder von EU und Eurozone erheblich. Die Forschungsgruppe analysiert, welche Auswirkungen diese Heterogenität auf den Verlauf der europäischen Integration entfaltet. Insbesondere befasst sie sich mit folgenden Fragestellungen: (1) der politökonomischen Konfliktstruktur in der EU und in der Eurozone; (2) der Funktionsweise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; (3) dem Spannungsfeld zwischen rechtlicher und politischer Integration; (4) dem Liberalisierungsbias der europäischen Integration; (5) den Determinanten der Teilautonomie der supranationalen Institutionen Kommission und Europäischer Gerichtshof (EuGH); (6) dem durch die europäische Integration angestoßenen Wandel der europäischen Spielarten des Kapitalismus und seinen Konsequenzen für Produktion, Verteilung und Demokratie; (7) der politökonomischen Fundierung von Integrationstheorien.

Die Dynamiken der „Integration durch Recht“

Martin Höpner

Europäische Grundsätze ergänzen und verdrängen mitgliedstaatliches Recht nicht nur auf Grundlage politischer Entscheidungen. Neben der politischen Integration existiert eine höchst dynamische „Integration durch Recht“. Dieses Projekt analysiert die extensive Interpretation der europäischen Grundfreiheiten und des europäischen Wettbewerbsrechts durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Es fragt nach den Quellen der Handlungsfreiheit des EuGH, die Anwendungsbereiche der Binnenmarktfreiheiten und des Wettbewerbsrechts immer weiter auszudehnen, und analysiert die Folgen für die Mitgliedsstaaten. Insbesondere wird untersucht, wie das Zusammenwirken nationaler und europäischer Interessen eine wirksame politische Kontrolle der europäischen Rechtsentwicklung erschwert. Darüber hinaus sollen Wege eines effektiveren Schutzes der heterogenen mitgliedstaatlichen Arbeitsmarkt- und Sozialregime vor liberalisierenden Übergriffen der Grundfreiheiten und des europäischen Wettbewerbsrechts offengelegt werden. Projektdauer: Oktober 2008 bis Dezember 2022.

Höpner, Martin. 2014. „Wie der Europäische Gerichtshof und die Kommission Liberalisierung durchsetzen: Befunde aus der MPIfG-Forschungsgruppe zur Politischen Ökonomie der europäischen Integration.“ *MPIfG Discussion Paper* 14/8. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Höpner, Martin. 2018. „Curbing Negative Integration: German Supervisory Board Codetermination Does Not Restrict the Common Market: Case C-566/15 Konrad Erzberger v. TUI AG, EU:C:2017:562.“ *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 25 (2): 246–59.

Höpner, Martin. 2011. „Der Europäische Gerichtshof als Motor der europäischen Integration: Eine akteursbezogene Erklärung.“ *Berliner Journal für Soziologie* 21 (2): 203–29.

Die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration

Martin Höpner

Feste Wechselkursregime erfordern konvergente Lohn- und Preisauftriebe der teilnehmenden Länder. Alle europäischen Währungsordnungen seit dem zweiten Weltkrieg bestanden aber aus höchst heterogenen Ländergruppen. Das Projekt untersucht, welche Implikationen die Heterogenität der europäischen Wirtschafts- und Sozialregime für die Währungsintegration hat. Besonderes Augenmerk gilt dabei Deutschland, das in allen europäischen Währungsordnungen seit dem zweiten Weltkrieg niedrigere Inflationsraten als seine Handlungspartner hervorbrachte und daher durch die Unterbewertung seiner Währung Wettbewerbsvorteile erzielen konnte. Das Projekt analysiert, wie insbesondere die Heterogenität der innereuropäischen Modi der Lohnfindung zur Verzerrung der realen Wechselkurse im Euro beitrug. Darüber hinaus wird untersucht, ob ein etwaiger Export des deutschen Lohnregimes oder eine europäische Lohnkoordination gangbare Wege der Problembearbeitung sein könnten. Projektdauer: November 2019 bis Dezember 2022.

Höpner, Martin. 2019. „The German Undervaluation Regime under Bretton Woods: How Germany Became the Nightmare of the World Economy.“ *MPIfG Discussion Paper* 19/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Höpner, Martin, und Mark Lutter. 2018. „The Diversity of Wage Regimes: Why the Eurozone Is Too Heterogeneous for the Euro.“ *European Political Science Review* 10 (1): 71–96.

Höpner, Martin, und Martin Seeliger. 2019. „Neither Existing Nor Emerging: Euro Stabilization by Means of European Wage Coordination.“ *Journal of Economic Policy Reform*, online veröffentlicht 14. August 2019.

Neue Formen der Industriepolitik in der EU-Peripherie

Fabio Bulfone

Der globale Liberalisierungs- und Privatisierungstrend hat die institutionelle Struktur der kapitalistischen Ordnung verändert und den Spielraum für die Implementierung traditioneller industriepolitischer Maßnahmen begrenzt. Trotzdem hat die Verbreitung des Neoliberalismus nicht zu einer Aufgabe aller industriepolitischen Bestrebungen geführt. Tatsächlich hat die supranationale Integration ehemals geschützter Sektoren den stärksten nationalen Wettbewerbern neue Wege für ausländisches Investment eröffnet. Mithilfe innovativer industriepolitischer Strategien können Regierungen bei der Unterstützung von Auslandsexpansionen heimischer Firmen eine Schlüsselrolle übernehmen. Das Projekt vergleicht die Strategien Italiens, Spaniens, Ungarns und Polens, Internationalisierung zu begünstigen und die Beteiligung heimischer Unternehmen in drei ehemals geschützten strategischen, sogenannten staatsnahen Sektoren zu beanspruchen: Telekommunikation, Elektrizität und Bankwesen. Die dabei untersuchte Zeitspanne umfasst den von der EU eingeleiteten Prozess der Marktintegration der Dienstleistungssektoren in den 1980er-Jahren bis hin zum Aufkommen der populistischen Regierungen in Polen und Ungarn in jüngerer Vergangenheit, die einen inländischen Besitz an strategisch bedeutenden nationalen Unternehmen fordern. Projektdauer: Oktober 2018 bis Juli 2021.

Öffentliche Arbeitgeber als staatliche Akteure: Die Politische Ökonomie der Lohnbildung im öffentlichen Sektor Deutschlands

Donato Di Carlo

Anknüpfend an eine im Frühjahr 2019 abgeschlossene Dissertation untersucht das Projekt die institutionellen und politischen Faktoren, die im Kontext der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion für die deutsche Lohnpolitik im öffentlichen Sektor verantwortlich waren. Während die spezifischen Merkmale der Lohnfindung im Exportsektor in der neokorporatistischen Literatur der Vergleichenden Politischen Ökonomie bereits ausführlich beleuchtet worden sind, wurde die Politische Ökonomie der Lohnfindung im öffentlichen Sektor bisher kaum erforscht. Das Projekt hebt den fiskalischen Charakter hervor, der dem Lohnfindungsprozess im öffentlichen Sektor eigen ist. Dabei fokussiert es auf die zentrale Rolle der öffentlichen Arbeitgeber als Akteure der Lohnfindung, die gleichzeitig in die institutionelle Matrix des Staates eingebettet sind. Es stützt sich auf den Analyseansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus, um Erkenntnisse der Vergleichenden Politischen Ökonomie, der Soziologie öffentlicher Finanzen, der Theorie des Fiskalföderalismus und der Theorie der industriellen Arbeitsbeziehungen zusammenzuführen. Argumentiert wird, dass unter Berücksichtigung des in der Wirtschafts- und Währungsunion herrschenden begrenzten politischen Handlungsspielraums die Lohnpolitik im öffentlichen Sektor eine wesentliche, wenn auch bisher vernachlässigte Rolle spielt: als ein maßgebliches länderspezifisches Instrument der ökonomischen Governance, das stabilisierend oder destabilisierend wirken kann. Projektdauer: Oktober 2019 bis September 2023.

Der Paradigmenwechsel der EU-Kohäsionspolitik

Annika Holz (Dissertation)

Die EU-Kohäsionspolitik wandelt sich von einer konvergenzorientierten Umverteilungspolitik zu einem wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrument. Dieser Wandel ist überraschend, weil die Reformfähigkeit der Kohäsionspolitik durch intergouvernementale Verhandlungen über die nationalen Nettopositionen und hohe Konsenserfordernisse gemindert wird. Das Projekt analysiert, wodurch der Wandel der Kohäsionspolitik gleichwohl möglich war. Von besonderem Interesse ist dabei die Entkopplung von Entscheidungsarenen, die den Akteuren zwar Flexibilität in der Entscheidungsfindung ermöglicht, aber eine fehlende Bindungswirkung zur Folge haben kann. Das Projekt stützt sich auf eine Prozessanalyse des Wandels der Kohäsionspolitik in den Förderperioden 2007–2013, 2014–2020 sowie in den laufenden Verhandlungen für die Förderperiode 2021–2027. Dabei berücksichtigt es den gesamten Politikzyklus von der Agendasetzung über die formalen Verhandlungen bis zur Programmplanung. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.



Forschungsgruppe Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden

Einführung

Leon Wansleben

Öffentliche Finanzen besetzen eine kritische Rolle in kapitalistischen Demokratien. Die Stärke der Demokratie hängt wesentlich davon ab, inwiefern Bürger an eine faire Verteilung der Steuerlast glauben und ob sie wahrnehmen, dass Steuern für legitime öffentliche Belange eingesetzt werden. Öffentliche Finanzen sind ebenso zentral für die Ermöglichung und Stabilisierung kapitalistischer Ökonomien, indem sie Ungleichheiten abfedern, öffentliche Güter bereitstellen und als Quelle gesamtwirtschaftlicher Nachfrage dienen. Als Schulden bilden sie zudem eine Grundlage für moderne Geld- und Kreditschöpfung. Über die vergangenen zwanzig Jahre ging jedoch die Fähigkeit von westlichen Staaten, Ungleichheiten durch faire Besteuerung und öffentliche Ausgaben auszugleichen, tendenziell zurück. Trotz ihrer zentralen Rolle in Finanzsystemen haben sich staatliche Akteure als unfähig erwiesen, finanzielle Instabilität und exzessive Finanzialisierung zu reduzieren, und Fiskalpolitik und öffentliche Investitionen wurden als Beitrag zu makroökonomischer Stabilisierung und öffentlicher Wohlfahrt vernachlässigt. Wie erklärt sich diese reduzierte Kapazität von Staaten, ihre Finanzen zur Herstellung öffentlicher Güter einzusetzen? Die Projekte der Forschungsgruppe adressieren diese Frage mithilfe einer vergleichenden Perspektive, mit Blick auf lokale, nationale und transnationale Prozesse sowie unter Nutzung qualitativer sowie quantitativer Forschungsstrategien.

Die Krise öffentlicher Investitionen: Lokale Analysen

Leon Wansleben

Steigende Wohnkosten; Abwassersysteme, die durch zunehmendes Extremwetter überlastet sind; umweltbelastende Mobilitätsinfrastrukturen, die den öffentlichen Raum monopolisieren: Städte sind mit der großen Herausforderung konfrontiert, mittels öffentlicher Investitionen neue soziale und ökologische Problemlagen zu adressieren. Insbesondere in Deutschland ist jedoch der Kapitalstock der Kommunen seit Jahrzehnten rückläufig. Dies ist vor allem auf die auch in anderen Ländern zu findende Problemlage von Überschuldung und rückläufiger Besteuerungsfähigkeit zurückzuführen. Das Projekt setzt an dieser doppelten Investitions- und Schuldenkrise an und fragt, wie lokale Prozesse auf strukturelle Problemlagen antworten. Insbesondere werden Modi der Koordination zwischen Politik, Verwaltung und Unternehmen im städtischen Eigentum untersucht. Die Untersuchungsfälle sind Köln, Manchester und Lyon. Die Forschung basiert auf der Analyse von Haushaltsdaten, der Erstellung von Indikatoren zu institutionellen Pfadabhängigkeiten (etwa der Besetzung politischer und administrativer Posten), teilnehmender Beobachtung und Interviews. Projektdauer: Oktober 2019 bis September 2022.

Regierungstechniken im finanzierten Kapitalismus: Zentralbankmacht und institutioneller Wandel

Leon Wansleben

Zentralbanken haben seit den 1970er-Jahren enorm an Einfluss über Wirtschaftspolitik gewonnen. In welchem Zusammenhang steht dieser Politikwandel mit der Expansion der Finanzmärkte während desselben Zeitraums? Zur Beantwortung dieser Frage untersucht das Projekt, wie Zentralbanken auf der konkreten operativen Ebene mit Banken interagieren. Der Politikeinfluss von Zentralbanken hängt wesentlich davon ab, dass der Finanzsektor ihre Interventionen verlässlich übermittelt und amplifiziert; gleichzeitig ist die Kreditschöpfung der Banken abhängig von dem jeweiligen modus operandum der Zentralbanken. Diese operativen Beziehungen können jedoch unterschiedliche Formen annehmen. So basierten monetaristische Zentralbanken wie die Bundesbank ihre Autorität auf eine strenge Kontrolle der Geldmärkte und disziplinierende Kommunikation gegenüber korporatistischen Institutionen. Der allgemeine Trend ging aber in Richtung einer Ausrichtung der Zentralbanken auf marktbasierende Finanzsektoren. Dieser Trend ist entscheidend für die Steigerung von Zentralbankmacht in einer Phase von allgemeiner Liberalisierung und hat gleichzeitig Bedingungen für beschleunigte Finanzialisierung geschaffen. Projektdauer: Januar 2019 bis Juli 2021.

Die Grenzen von Staatsschulden: Europäische Staatsschuldenkategorisierung, deren Anwendung und Reinterpretation

Vanessa Endrejat (Dissertation)

Statistiken über Staatsverschuldung sind mächtige politische und gesellschaftliche Instrumente, deren Aussagekraft über Staatsfinanzen insbesondere nach der Eurokrise angezweifelt wurde. Das Dissertationsprojekt untersucht, wie die Grenzen in der Berechnung von Staatsschulden gezogen, angewendet und angepasst werden. Ein zentrales Objekt solcher Reinterpretationen sind Aktivitäten oder Institutionen, welche am Rande von Staatsbilanzen liegen, sogenannte Eventualverbindlichkeiten. So belasten beispielsweise Regierungsgarantien oder öffentlich-private Partnerschaften nur den Staatshaushalt, wenn bestimmte Bedingungen eintreten, während sie andererseits fiskalische Risiken bergen. Das Projekt fragt, wie Konflikte um die (Re-)Definition solcher Eventualverbindlichkeiten nach der Eurokrise gelöst wurden. Aufbauend auf feldtheoretischen Ansätzen, soziologischen Ansätzen zu Politikinstrumenten sowie der Soziologie der Quantifizierung analysiert es die Interaktion zwischen Akteuren und Statistikern der Europäischen Union und nationalen Institutionen im einzigartigen Post-Eurokrise-Kontext, der sich besonders durch die reflexive Anwendung und Reinterpretation statistischer Kategorien auszeichnet. Projektdauer: Oktober 2019 bis März 2023.

Die Verwissenschaftlichung von Zentralbanken

Edin Ibrocevic (Dissertation)

Zentralbanken haben in den letzten 30 Jahren eine außergewöhnliche Transformation erfahren. Schien Geldpolitik einmal eine Art obskurer Kunst zu sein, die nur von Zentralbankpräsidenten beherrscht wurde, so gleicht sie heute einer technokratischen und präzisen Wissenschaft. Der Prozess der Verwissenschaftlichung fand jedoch nicht bei allen Zentralbanken gleichzeitig und zum gleichen Grad statt. Während die US-Zentralbank mit all ihren Ablegern bereits in den 1970er-Jahren erste Forschungsabteilungen schuf, hingen die meisten G20-Zentralbanken noch Jahrzehnte nach. Heutzutage haben fast alle Zentralbanken Forschungsabteilungen, wissenschaftliche Publikationen und bieten interne Forschungslaufbahnen oder temporäre Forschungsstellen an. Weil die Unterschiede in der Verwissenschaftlichung von Zentralbanken bis jetzt in der Literatur kaum erfasst wurden, ist es Ziel des Projekts, die durch die Verwissenschaftlichung entstandenen Strukturen und Dynamiken in der Wissensproduktion von Zentralbanken sowie die Auswirkungen auf Institutionen und Zentralbankpolitik zu erforschen. Hierzu werden Theorien des soziologischen Institutionalismus, die

Feldtheorie Bourdieus und die Soziologie der Übersetzung miteinander kombiniert. Empirisch stützt sich die Studie auf quantitative und qualitative Dokumentenanalysen aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Zentralbanken, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Bank for International Settlements (BIS) sowie Experteninterviews. Projektdauer: Oktober 2019 bis März 2023.

Die Automatisierung der europäischen Märkte für Staatsschulden

Arjen van der Heide

Die Entwicklung elektronischer Börsen und immer schnellerer algorithmischer Handelssysteme haben die Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert. Hiervon sind jedoch nicht alle Märkte gleichermaßen betroffen: An den europäischen Märkten für Staatsschulden sind die Automatisierungs- und Elektronisierungsprozesse deutlich langsamer und weniger umfassend verlaufen als an den Aktienmärkten. Dieses Projekt soll ein Verständnis für die unterschiedlichen Auswirkungen der Automatisierung schaffen, indem es die Entwicklung der europäischen Märkte für öffentliche Anleihen erforscht. Diese Märkte sind in vielerlei Hinsicht etwas Besonderes: Hier zählen Regierungen zu den aktiven Teilnehmern, und ihre Anleihen stellen einen wesentlichen Bestandteil der finanziellen Infrastruktur im Allgemeinen dar. Dies nicht nur, weil Staatsanleihen als Referenzaktiva zur Bewertung anderer Finanzanlagen dienen, sondern auch, da sie als sichere Anlagen gelten, die bei kurzfristigen Kreditgeschäften am Geldmarkt als Sicherheit genutzt werden. Das Projekt eruiert die jüngere Entwicklung der Automatisierung in drei europäischen Märkten für öffentliche Anleihen (Italien, Deutschland und Großbritannien) und untersucht, wie sich wesentliche Unterschiede der Marktstruktur und der Beziehungen zwischen Staat und Finanzwesen zusammen mit Unterschieden der materiellen Infrastruktur des Wertpapierhandels entwickelt haben. Projektdauer: Oktober 2019 bis August 2021.



IMPRS-SPCE Doktorandenprogramm: Dissertationsprojekte

Wie ein Markt rund um Mobilität entsteht: Akteure und Interessen bei der Organisation und Regulierung von Märkten für zirkuläre Migration

Sandhya A.S

Auch wenn die Migration von Menschen kein neues Phänomen darstellt, ist ein Markt für migrationsbezogene Dienstleistungen allemal ein Novum. Das Fundament dieses Marktes besteht aus einem breiten Spektrum kommerzieller Akteure, zu denen unter anderem Arbeitsvermittler („Broker“) gehören. Ziel des Projekts ist, zum Verständnis des grenzüberschreitenden Austausches von Arbeitskräften beizutragen. Was ist die institutionelle Notwendigkeit? Was ist die funktionale Rolle dieser kommerziellen Akteure? Ein weiteres Ziel ist, die Rolle und die Interessen des Staates zu verstehen, insbesondere die eines Entsendestaates, wenn er im Zusammenwirken mit bestimmten Aufnahmeländern Migrationskorridore schafft. Gestützt auf qualitative Forschungsmethoden untersucht das Projekt die öffentlich-private Partnerschaft bei der Organisation und Regulierung grenzüberschreitender Migrationsmärkte. Dabei erforscht es am konkreten Beispiel des Migrationskorridors zwischen Nepal und Malaysia die Interaktion zwischen Staat(en) und Vermittlern an beiden Enden dieses Korridors. Durch die Betrachtung von Migrationsmärkten als grenzüberschreitende, im Entstehen begriffene Institutionen leistet das Projekt einen unmittelbaren Beitrag zu einer Soziologie transnationaler Arbeitsmärkte und Arbeitsregulierung. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.

A.S, Sandhya. 2019. „Nepali Domestic Workers in New Delhi: Strategies and Agency.“ *Dhaulagiri Journal of Sociology and Anthropology* 13/2019, 49–57.

In Arbeit bleiben: Geflüchtete und Asylsuchende in atypischen Beschäftigungsverhältnissen

Ayodeji Stephen Akinnimi

Während in Deutschland immer mehr Geflüchtete einen positiven Asylbescheid und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, arbeiten staatliche Organisationen zusammen mit anderen Institutionen daran, ihnen einen baldigen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zugang zu verschiedenen sozialen Netzwerken sowie die Besonderheiten der jeweiligen Untergruppe von Migranten sind bedeutsame Faktoren dafür, wie neu Zugewanderte eine Arbeitsstelle finden, wie sie diese behalten und wie sie ihren Beschäftigungsstatus verbessern. Ein Ziel dieses Projekts ist die Erforschung der Interaktionen zwischen Bestimmungen des Arbeitsrechts und Maßnahmen zur Migrationskontrolle – insbesondere jenen, die Asylsuchende und Geflüchtete betreffen – bei der Vermittlung neuer Migranten in Positionen mit niedrigem Status im deutschen

Arbeitsmarkt. Dabei stellt die Untersuchung die Erfahrungen in den Vordergrund, die machen, wenn sie durch Chancen und Restriktionen navigieren und dabei versuchen, ihren Beschäftigungsstatus – und somit auch ihre soziale Stellung – zu verbessern. Die Studie ist als eine qualitative Untersuchung von jüngst Zugewanderten angelegt, die mögliche Unterschiede verschiedener Ethnien berücksichtigt und den Fokus nicht nur darauf richtet, wie Zugewanderte in Arbeit kommen, sondern auch darauf, wie sie in Arbeit bleiben – idealerweise, indem sie in Normalarbeitsverhältnisse wechseln. Projektdauer: Oktober 2019 bis März 2023.

Die Verbindung von Kapital und Macht: Die Rolle der Superreichen in einer transnationalen kapitalistischen Klasse und ihre Lobby

H. Lukas R. Arndt

Vermögensungleichheit und die obersten Einkommens- und Vermögensanteile sind in den letzten Jahrzehnten global beachtlich angestiegen. Vielbeachtete Prognosen sagen ein Anhalten dieser Entwicklung voraus. Dies rückt die reichsten Individuen und Familien in den Fokus. In der normativen Diskussion solcher Befunde und Prognosen dauerhaft wachsender ökonomischer Ungleichheit wird oft behauptet, dass diese Entwicklung die Fundamente der Demokratie angreift. Diese Argumente sind jedoch bisher kaum systematisch und belastbar mit empirischen Ergebnissen unterfüttert. Um die Debatte voranzutreiben, kombiniert das Projekt Daten zu Superreichen mit detaillierten Firmendaten und untersucht Verbindungen zwischen superreichen Individuen und Familien, ihren Unternehmen sowie nationalen und transnationalen Wirtschaftseliten. Die theoretische Grundlage des Projekts bilden sowohl marxistische Studien zu transnationalen Kapitalfraktionen und einer transnationalen kapitalistischen Klasse, als auch die Literatur zu instrumenteller und struktureller Macht. In einem ersten Schritt werden superreiche Individuen und Wirtschaftseliten durch soziale Netzwerkanalyse in globalen Firmennetzwerken verortet. In einem zweiten Schritt wird untersucht, ob und, wenn ja, wie eine solche Klasse (wenn man dabei von einer sozialen Klasse sprechen kann) politisches Handeln aufweist. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.

Subunternehmenschaft auf dem Betriebsgelände

Monica Bolelli

Unternehmen quer durch alle Branchen haben in den letzten dreißig Jahren Restrukturierungen vorgenommen, um ihr Geschäft auf Kernkompetenzen zu konzentrieren. Mit dieser Strategie soll dem zunehmenden Druck der Investoren, die Ertragskraft zu verbessern, begegnet werden. Anfangs wurden die für das Hauptgeschäft der Unternehmen peripheren Tätigkeiten ausgelagert, doch nach und nach auch solche, die Kernkompetenzen betreffen oder integraler Bestandteil der Produktionsprozesse sind. In den Ländern Europas sind Leiharbeit und Entsendung die bei solchen Auslagerungen bevorzugt genutzten Instrumente – außer in Italien. Dort scheinen Formen der Unterauftragsvergabe arbeitsintensiver Tätigkeiten auf dem eigenen Betriebsgelände – seien sie kernkompetenzbezogen oder peripher – von besonderer Bedeutung zu sein. Dies ist ein bemerkenswerter Aspekt, da das Unternehmen bei seinem eigenen Personal den Arbeitsprozess direkt steuert, bei der Unterauftragsvergabe hingegen die Organisation der Arbeit dem Subunternehmer überlässt und Standards und Ziele allein durch die Vertragsgestaltung setzen kann. Diese Doktorarbeit soll die Rolle des *appalto* (der Unterauftragsvergabe) in der italienischen Wirtschaft erforschen und erklären, wie und warum diese Form der Auslagerung arbeitsintensiver Tätigkeiten eine derart hohe Bedeutung erlangen konnte. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.

Der Einfluss von Genderfragen auf die Arbeitsmarktpolitik der Türkei

Elifcan Çelebi

Genderperspektiven haben immer mehr Einfluss auf die politikwissenschaftliche Forschung. Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Transformation des Arbeitsmarkts in der Türkei mit ihrer im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter komplexen und widersprüchlichen Natur. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts sind politische Maßnahmen für Frauen rapide angestiegen. Die geänderte Politikrichtung weist jedoch Einflüsse unterschiedlicher und teilweise gegensätzlicher Motivationen auf. Ziel des Dissertationsprojekts ist, die ideen- und interessenbasierten Prozesse zu verstehen, die beim Entstehen der Strukturen für Geschlechterpolitik in der Türkei eine Rolle gespielt haben. Dabei ist die zentrale Forschungsfrage, inwiefern sich frauenspezifische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den 2000er-Jahren geändert haben. Mithilfe einer systematischen Prozessanalyse werden Faktoren untersucht, die den Politikwechsel potentiell beeinflussen. Da die Beteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt die Konflikte zwischen öffentlichen und privaten Sphären offenlegt, ermöglicht das Verständnis für die Geschlechterrelevanz des Politikwechsels im Arbeitsmarkt, ein Licht auf den Wandel gesellschaftlicher Beziehungen werfen. Projektdauer: Oktober 2017 bis September 2021.

Mehrebenendynamik sozialer Bewegungen im Globalen Süden

Laura Gerken

Seit Mitte der 2000er-Jahre wird Land zunehmend zu einer wichtigen Ware auf dem Weltmarkt. Im Kontext von Großinvestitionen in Land im Globalen Süden untersucht das Dissertationsprojekt die Entstehung und Weiterentwicklung von Landregulierungen und der in diesem Zusammenhang stehenden sozialen Bewegungen. Die Forschung zu diesem Phänomen hat bislang entweder einen ausschließlich lokalen oder ausschließlich transnationalen Fokus, vernachlässigt aber die wichtige Rolle des Zusammenspiels von Regulationsstrukturen auf verschiedenen Ebenen und sozialen Bewegungen auf unterschiedlichen Stufen. Das Projekt berücksichtigt transnationale Möglichkeitsstrukturen, die durch die Entstehung weiterer Regulationsstrukturen von Land erweitert werden. In einer dreiteiligen Analyse werden zunächst die Entstehung und Veränderung von relevanten Regulierungen zu Land abgebildet. In einem zweiten Schritt werden Fallstudien von Landgeschäften, die Gegenstand von Protesten sozialer Bewegungen waren, mithilfe einer Prozessanalyse verglichen. In einem letzten Schritt werden Sequenzen der wechselseitigen Einflussnahme der Regulationsstrukturen und der sozialen Bewegungen im Kontext von Land identifiziert. Projektlaufzeit: Oktober 2017 bis Oktober 2021.

Die politische Macht der Unternehmen im digitalen Kapitalismus: (Wie) verändert die Digitalisierung Machtressourcen und Lobbying-Strategien von Unternehmen?

Michael Kemmerling

Digitalisierung verändert den Kapitalismus, indem sie die Nutzung eines neuen Rohstoffs durch innovative Produktionsmittel ermöglicht: Immer mehr Geschäftsmodelle bauen auf der Erhebung von Daten und deren Verarbeitung durch digitale Technologien auf. Dies schafft nicht nur neue Wege der Wertschöpfung, sondern verändert auch die Ressourcen und Strategien von Unternehmen, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Aktuelle Studien heben eine Annäherung der Präferenzen von Plattform-Unternehmen und der von ihnen abhängigen Nutzerinnen und Nutzer hervor, woraus ein permissiver Konsens gegen Regulierung entsteht. Aber wie beeinflusst die Digitalisierung die materiellen Machtressourcen von Firmen aus allen Wirtschaftssektoren? Dieser Frage geht das Projekt nach und leistet einen Beitrag zur einschlägigen Literatur, indem das Augenmerk nicht nur auf Digitalunternehmen, sondern auch auf Firmen des – zunehmend digitalisierten – Industriesektors gelegt wird. Da Machtressourcen

allerdings mobilisiert und angewandt werden müssen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen, ist eine zweite zentrale Frage des Projekts, wie Plattformen die latente Koalition mit ihren Nutzern aktivieren. Hierzu wird das Framing von Politikdebatten und die Nutzung von Grassroots-Lobbying im Kontext zweier Urheberrechtsreformen in den USA und der EU mithilfe einer Prozessanalyse und quantitativer Textanalyse vergleichend untersucht. Projektdauer: Oktober 2019 bis März 2023.

Klimawandel neu denken: Wissenspolitik im globalen Klimamanagement

Andrés López Rivera

Im Unterschied zu anderen Politikfeldern ist für den Klimawandel Forschung von zentraler Bedeutung. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Basis für unser Verständnis von den sich verändernden klimatischen Bedingungen: Was ist Klimawandel und was kann man daran ändern (Problemdefinition–Problemlösung). In neueren Berichten wird inzwischen auch „indigenem, lokalem und traditionellem Wissen“ eine Bedeutung zugemessen. Die Folge ist eine Hinwendung der Global Governance zu Wissen über und Erfahrungen mit Klimaveränderungen, das jenseits der Domänen von Wissenschaft und Experten liegt. Diese Anerkennung deutet auf ein verändertes Verständnis von Wissen als Informationsquelle für Politik. Das Dissertationsprojekt untersucht, wie und warum diese Veränderungen des Wissens und der Politik stattfinden. Im Fokus stehen dabei Behauptungen und Gegenbehauptungen über indigenes Wissen im Bereich der globalen Klimapolitik. Mithilfe einer Prozessanalyse unternimmt die Studie einen umfassenden Vergleich des Repertoires politischer Forderungen rund um die Klimapolitik in arktischen Regionen und am Amazonas. Das Projekt erweitert vorherrschende theoretische Erkenntnisse der Wissensproduktion und Schnittstellen von Wissenschaft und Politik, insbesondere hinsichtlich der Problemdefinition und Problemlösung. Projektdauer: Oktober 2017 bis November 2021.

„Populistische Ansteckungseffekte“ im Unterhaus: Ausmaß, Inhalt, Mechanismen und Bedingungen

Ebru Ece Özbey

Verschiedene neuere Studien argumentieren, die Politik in den liberalen Demokratien des Westens habe seit den 1990er-Jahren nach und nach populistische Züge angenommen. Zuzuschreiben sei dies nicht nur der steigenden Zahl populistischer Parteien, Führungspersönlichkeiten und Bewegungen, sondern auch deren Mitbewerbern aus der politischen Mitte, die sich ihnen ideologisch angenähert hätten. Gleichwohl konnten die bisherigen empirischen Befunde derlei „Ansteckungseffekte“ des Populismus nicht eindeutig belegen: Die vorhandene Literatur befasst sich überwiegend mit Wahlerfolgen und Wahlunterstützung, mit politischen Parteien als Untersuchungseinheiten sowie mit vorab anhand von Literaturstudien, Experteninterviews oder Umfrageergebnissen identifizierten Fällen. Dieses Dissertationsprojekt wird die theoretischen Argumente zu den Ansteckungseffekten des Populismus jenseits der parteipolitischen Sphäre überprüfen und dabei das vermeintlich lineare, unidirektionale Muster des Ansteckungsverlaufs (von Vertretern populistischer Ideologien zu jenen der politischen Mitte) hinterfragen. Hierzu verwendet es eine nicht-normative, engere Definition von Populismus und betrachtet ihn als ein eher graduelles denn dichotomes Phänomen. Gestützt auf einen Mixed-Methods-Forschungsansatz analysiert das Projekt Texte von Parlamentsdebatten sowie qualitative und quantitative Daten aus weiteren Quellen. Es ermittelt Messwerte für Populismus auf einer individuellen wie auch auf einer aggregierten Ebene und zeigt für den Zeitraum von 1997 bis 2017 die zeitlichen Trends der „Populistisierung“ auf. Darüber hinaus geht es den speziellen Inhalten verschiedener populistischer Manifestationen auf den Grund und erforscht den ausschmückenden Stil populistischer Kommunikation sowie die Mechanismen und Bedingungen populistischer Ansteckungseffekte. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.

(Im)mobile Trajektorien und „Geld in Bewegung“: Ökonomische Interaktionen in undokumentierter Migration nach Europa

Hannah Pool

Der Zugang zu finanziellen Ressourcen ist eine nötige Bedingung für die Mobilität von irregulären Migranten. Das Dissertationsprojekt untersucht die Migrationsgeschichten und Routen von Menschen, die aus Afghanistan und Iran nach Westeuropa kommen. Dabei werden die dafür notwendigen wirtschaftlichen Transaktionen als Teil sozialer Interaktionen analysiert. Ziel der Forschung ist zu verstehen, wie die direkten und indirekten wirtschaftlichen Interaktionen strukturiert und in größere politische und wirtschaftliche Komplexe eingebettet sind. Darüber hinaus soll die Erforschung der wirtschaftlichen Interaktionen die Bedeutung von finanziellem und sozialem Kapital, Gesellschaftsschichten sowie Machtstrukturen auf die (Im)Mobilität von Migranten untersucht werden. Das Forschungsprojekt beruht auf einer achtmonatigen ethnografischen Forschung in Bosnien, der Türkei, Griechenland und Deutschland. Projektdauer: Oktober 2017 bis März 2021.

Politik und Interessengruppen im deutschen Wachstumsmodell: Gesellschaftliche Unterstützung und Ablehnung des exportorientierten Wachstumsregimes

Mischa Stratenwerth

Nationale ökonomische Wachstumsmodelle werden durch die zugrundeliegenden Konstellationen von (makroökonomischen) Politiken, Institutionen und Ideen geprägt. Ein solches Politikregime bedarf ausreichender politischer und gesellschaftlicher Unterstützung. Um das Verständnis der politischen Dynamik von Wachstumsregimen zu verbessern, rekonstruiert das Projekt die Positionen kollektiver Akteure bezüglich wichtiger Policy-Grundlagen des exportorientierten deutschen Wachstumsmodells. Es nimmt dazu insbesondere Interessengruppen in verschiedenen Wirtschaftssektoren in den Blick, die von einem exportfördernden Regime unterschiedlich betroffen sein müssten. Der Fokus liegt dabei auf relevanten Debatten in wesentlichen Politikbereichen des deutschen Unterbewertungsregimes. Ausgehend von der wachsenden politökonomischen Literatur zu Wachstumsmodellen und der Literatur zu „Producer Group Coalitions“ befasst sich die Arbeit primär mit der empirischen Frage, ob es in Deutschland erhebliche sektorale oder klassenbezogene Unterschiede bei der Unterstützung exportlastigen Wachstums gegeben hat und untersucht, inwiefern exportstimulierende Politiken durch klassenübergreifende Koalitionen untermauert wurden. Der Forschungsansatz ist in erster Linie qualitativ und stützt sich auf Interviews, graue Literatur, Medienberichte und andere Dokumente. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.

Diversität erfordert Organisation: Die Rolle der Schulleitung bei der Integration von ethnischen Minderheiten

Agnes Tarnowski

Angesichts demografischer Veränderungen in der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Zusammensetzung der Schülerschaft in deutschen Schulen hat die Frage der Integration zunehmend wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. In diesem Projekt wird die Rolle der Schulleitung bei der Integration von ethnischen Minderheiten an weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen näher beleuchtet. Dazu entwickelt das Projekt einen theoretischen Rahmen der Schulorganisation und -verwaltung, der Konzepte aus der Integrations- und Bildungsforschung sowie der Organisationstheorie kombiniert. Ziel des Projekts ist die Beantwortung folgender Fragen: Wie definiert die Schulleitung Integration? Wie werden Problemlagen im Kontext ethischer Vielfalt, wie z.B. interethnische Spannungen in der Schülerschaft, interpretiert? Welche Strategien zur Organisation von Integration werden angewendet? Um die Integrationsstrategien der Schulen zu vergleichen, wird ein Mixed-Method-Design eingesetzt. Nach der Analyse quantitativer Daten von Schülerinnen und

Schülern wird in der qualitativen Forschungsphase eine vertiefende Studie an ausgewählten Schulen durchgeführt. Mithilfe eines Vergleichs der Integrationsbemühungen verschiedener Schulen sollen Hindernisse und Möglichkeiten der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verstanden und Faktoren identifiziert werden, die zur Schaffung kulturell integrativer Schulen beitragen. Projektdauer: Oktober 2018 bis März 2022.



Projekte der Emeriti

Historische und geographische Veränderungen in der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie

Renate Mayntz

Die Finanzkrise von 2008 verstärkte die sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit für die Beziehung zwischen Politik und Ökonomie. Die Ergebnisse der Arbeiten, die sich zunächst mit Analysen der Finanzkrise und anschließend mit der Regulierung des Finanzsystems beschäftigt hatten, wurden bereits in zwei Sammelbänden publiziert (Mayntz, ed., 2012 und 2015). Die Entstehung der Finanzkrise und die auf sie reagierenden Reformbemühungen werfen eine Reihe theoretischer Fragen auf, die sich im Umkreis der Politischen Ökonomie diskutieren lassen. Die ins 18. Jahrhundert zurückreichende „politische Ökonomie“ erlebte seit den 1970er-Jahren eine schnelle Renaissance. Die Beziehung zwischen den in der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie angesprochenen gesellschaftlichen Teilsystemen Politik und Ökonomie entwickelte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur kritischen Quelle sozialer Dynamik. Das überraschende Entstehen der Finanzkrise von 2008 ließ sich als kontingentes, sozial bestimmtes, aber nicht determiniertes Ergebnis eines Prozesses erklären, in dem in einer bestimmten historischen Situation verschiedene ökonomische und politische Mechanismen zusammenwirkten. Der politikwissenschaftliche Ansatz des „process tracing“ versucht, derartige Prozesse empirisch nachzuzeichnen. Mithilfe einer weiter auszuarbeitenden Theorie der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie sollen die miteinander verflochtenen nationalen und transnationalen Dynamiken mit dem Blick auf die Gegenwart analysiert werden.

Mayntz, Renate. 2016. „Process Tracing, Abstraction, and Varieties of Cognitive Interest.“ *New Political Economy* 21 (5): 484–88.

Mayntz, Renate, 2019. „Changing Perspectives in Political Economy.“ *MPIfG Discussion Paper* 19/6. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Mayntz, Renate, 2019. „Überraschende historische Ereignisse als theoretisches Problem.“ In *Ordnung und Fragilität des Sozialen: Renate Mayntz im Gespräch*, herausgegeben von Ariane Leendertz und Uwe Schimank. Frankfurt a.M.: Campus, 297–315.

Untersuchungen zur Politischen Ökonomie der europäischen Integration

Fritz W. Scharpf

Scharpf, Fritz W. 2010. *Community and Autonomy: Institutions, Policies and Legitimacy in Multilevel Europe*. Frankfurt a.M.: Campus.

Scharpf, Fritz W. 2011. „Monetary Union, Fiscal Crisis, and the Pre-Emption of Democracy.“ *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 9 (2): 163–98.

Scharpf, Fritz W. 2016. „Forced Structural Convergence in the Eurozone – Or a Differentiated European Monetary Community.“ *MPIfG Discussion Paper* 16/15. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Scharpf, Fritz W. 2017. "De-Constitutionalization and Majority Rule: A Democratic Vision for Europe." *European Law Journal* 23 (5): 315–34.

Scharpf, Fritz W. 2018. "International Monetary Regimes and the German Model." *MPIfG Discussion Paper* 18/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Die Krise des Kapitalismus der Gegenwart

Wolfgang Streeck

Ausgangspunkt sind 2005 begonnene Studien zur Finanzkrise des Staates im Kapitalismus der Gegenwart. Besondere Aufmerksamkeit galt zunächst der globalen Finanzkrise von 2008. Langfristig zielt das Projekt auf eine makrosoziologische Theorie institutionellen Wandels in modernen kapitalistischen Gesellschaften und, soweit möglich, in Gesellschaften allgemein. Zurzeit entsteht ein Buch über alternative Pfade institutioneller Entwicklung nach dem Ende des Neoliberalismus als hegemoniales Konzept der kapitalistischen politischen Ökonomie (2020). Arbeiten über die allgemeine Dynamik der historischen Entwicklung und insbesondere das Verhältnis von Kontinuität und Entwicklungsbrüchen in komplexen Gesellschaften sollen folgen.

Streeck, Wolfgang, 2010. „Institutions in History: Bringing Capitalism Back In.“ In *Handbook of Comparative Institutional Analysis*, herausgegeben von John Campbell et al. Oxford: Oxford University Press, 659–86.

Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

Streeck, Wolfgang, 2014: *Buying Time: The Delayed Crisis of Democratic Capitalism*. New York: Verso.

Streeck, Wolfgang. 2016. *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*. London: Verso.

Streeck, Wolfgang, und Armin Schäfer, eds. 2013. *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge: Polity.

Arbeitsverfassungen und Berufsgemeinschaften: Soziale und legale Normen am Arbeitsplatz

Wolfgang Streeck und Ruth Dukes (University of Glasgow)

Das Projekt untersucht das Verhältnis zwischen informellen Normen arbeitsbezogener Gerechtigkeit, wie sie in beruflichen Vergemeinschaftungen von Beschäftigten entstehen, und formalen arbeitsrechtlichen Normen, die nach Maßgabe jeweils geltender Arbeitsverfassungen den Inhalt von Beschäftigungsverträgen regulieren. Durch Verknüpfung empirischer Industriesoziologie mit normativer Rechtswissenschaft soll eine Antwort auf die „Krise des Arbeitsrechts“ in einer post-industriellen Welt fragmentierter Arbeitsplätze und neuer Formen von Beschäftigung und Selbständigkeit gesucht werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei intermediären Institutionen wie der Tarifautonomie, die soziale Vergemeinschaftung in der Arbeit und um sie herum mit Interessenpolitik und der Setzung und Durchsetzung legaler Normen verbinden. Das Projekt ist Teil der von Ruth Dukes an der Universität Glasgow geleiteten und durch den Europäischen Forschungsrat geförderten Studie „Work on Demand: Contracting for Work in a Changing Economy“ (WoD).

Dukes, Ruth, 2014. *The Labour Constitution: The Enduring Idea of Labour Law*. Oxford: Oxford University Press.

Streeck, Wolfgang, 2005. „The Sociology of Labor Markets and Trade Unions.“ In *Handbook of Economic Sociology*, second edition, herausgegeben von Neil Smelser and Richard Swedberg. New York: Russell Sage, 254–83.

Dukes, Ruth, 2019. „The Economic Sociology of Labour Law.“ *Journal of Law and Society* 46 (3): 396–422.

Dukes, Ruth, und Wolfgang Streeck. 2020. „From Industrial Citizenship to Private Ordering? Contract, Status, and the Question of Consent.“ *MPIfG Discussion Paper* 20/13. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

A.S, Sandhya	25	Holz, Annika	21
Akinnimi, Ayodeji	25	Höpner, Martin	15, 19, 20
Arndt, H. Lukas R.	8, 26	Ibrocevic, Edin	23
Baccaro, Lucio	13, 14, 15	Kemmerling, Michael	27
Beckert, Jens	5, 7, 8	Kohl, Sebastian	6, 7, 17
Bhasin, Puneet	15	López Rivera, Andrés	28
Blyth, Mark	14	Mayntz, Renate	31
Bolelli, Monica	26	Moreno, Guadalupe	10
Braun, Benjamin	9, 12	Neimanns, Erik	14, 15, 17
Bremer, Björn	14, 15, 16	Özbey, Ebru Ece	28
Bulfone, Fabio	20	Pontusson, Jonas	14
Çelebi, Elifcan	27	Pool, Hannah	29
D'Antoni, Massimo	14	Rilinger, Georg	6
Di Carlo, Donato	21	Scharpf, Fritz W.	31
Dukes, Ruth	32	Stratenwerth, Mischa	29
Endrejat, Vanessa	23	Streeck, Wolfgang	32
Ergen, Timur	6, 9	Suckert, Lisa	8, 11
Gemenis, Kostas	14, 16, 17	Tarnowski, Agnes	29
Gerken, Laura	27	Tassinari, Arianna	18
Griesbach, Kathleen	10	van der Heide, Arjen	24
Hadziabdic, Sinisa	17	Wansleben, Leon	22, 23

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen.

Mit verschiedenen Ansätzen und Forschungsmethoden wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern.

Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.